



Ausgabe 05/25 (Nr.33) am 16.02.25

Am 23.2. wird gewählt

Die Stimme behalten

Dies ist kein Aufruf nicht zu wählen. Dies ist eine Absage an die Illusion, zu meinen, es würde sich ohne unser Zutun etwas ändern. Wenn wir am 23. Februar unsere Stimmzettel in die Urne werfen, dann beerdigen wir damit nicht unsere Ansichten. Ganz im Gegenteil. Was sein wird, wird weder von dem Ergebnis, noch von den Koalitionsverhandlungen abhängen, sondern entscheidend werden unsere gemeinsamen Stimmen sein. Es gilt lautstark und mächtig unsere Interessen zu formulieren und in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Am Sonntag wird gewählt. Wir werfen dabei unseren Stimmzettel in ein Behältnis, das genauso heißt, wie jenes, in dem im Falle einer Feuerbestattung die Asche eines Menschen landet. Und so verstehen durchaus einige Menschen die Demokratie. Man gibt seine Stimme ab und wartet dann in der Regel vier Jahre und lässt die Politiker machen. Bildlich gesprochen, hat man dann keine Stimme mehr. Sie ist ja sozusagen verbrannt und im Grab.

Nicht mit uns.

Wir geben unsere Stimme nicht ab, aber natürlich wählen wir und nutzen das Wahlrecht. Aber wir wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Es braucht den Druck der Straße, des Protestes und des Widerstandes, um etwas zu erreichen. Wir brauchen die Auseinandersetzung für unsere Interessen, sei es im Betrieb, in der Kommune oder sonst wo im Land.

Einer der Gründerväter der Gewerkschaften, August

Bebel (1840 - 1913) schrieb „Nichts ist „ewig“, weder in der Natur noch im Menschenleben, ewig ist nur der Wechsel, die Veränderung. Wir setzen auch 2025 auf die Veränderung, mögen die Bedingungen noch so schwierig sein.

Was die Zukunft bringen wird, entscheiden handelnde Menschen. Nichts geschieht durch Zufall.

Wir müssen entschlossen auf unsere Themen setzen. In den Tarifauseinandersetzungen wird sich konkret zeigen, was wir durchsetzen können. Es gilt dafür zu kämpfen, unsere Handlungsspielräume zu erweitern. Das müssen wir tun, ganz egal was die neue Regierung nach dem Februar mit unserer Stimme machen wird.

Was aus uns wird, das werden die kommenden Jahre zeigen. Vom Zuschauen unsererseits wird sich

nichts ändern. Stärke und Veränderung gibt es nur durch unsere Tat. Sicher ist nur eines: Es stand lange nicht mehr so viel auf dem Spiel wie heute.



Aktionsstand in Saarbrücken:

Butter statt Kanonen, wählen wir den Frieden!

Mit der Aufforderung, sich für Frieden und Abrüstung einzusetzen, beteiligten sich aktive Gewerkschafter*innen an dem Aktionstag der Friedensbewegung am 15. Februar in Saarbrücken. Man sammelte Unterschriften unter den Berliner Appell.

Friedensbewegte aus allen Teilen Deutschlands hatten für den 15. Februar zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen. An diesem Tag fanden überall Aktionen und Veranstaltungen statt, so auch in Saarlouis, St. Ingbert und Saarbrücken. Unser Ortsverein war mit 7 Kolleginnen und Kollegen in der Bahnhofstraße dabei. Mit einem Flugblatt „Frieden wählen“ meldete sich unser Ortsverein zu Wort. Klar sei, „ver.di ist parteipolitisch unabhängig, aber klar ist auch, wir sind nicht unpolitisch. Und gerade jetzt gilt es sich einzumischen, damit unsere Sorgen und Anliegen



gen auch wahrgenommen werden,“ so unser Vorsitzender Rainer Tobae. Unter einem kurzen Erklärtest mit der Überschrift „Butter statt Raketen“ sammelte man unter den Berliner Appell insgesamt 59 Unterschriften gegen neue Mittelstreckenwaffen. Es gab viele Diskussionen und sehr viele zustimmende Gespräche. Wir machten deutlich: ver.di ist Teil der Friedensbewegung.

Der Nato-Vorstoß, 3,6 % des Bruttoinlandsprodukts



für Rüstung auszugeben, wäre ein totaler Angriff auf unsern Lebensstandard. Das wären ca. 155 Mrd. Euro, was einem Drittel des Bundeshaushalts entspräche. Für das Gesundheitsressort waren im Jahr 2024 ca. 17 Mrd. Euro vorgesehen, für Bildung ca. 21 Mrd. Euro. Die Tarifrunde 2025 im öffentlichen Dienst für Bund und Gemeinden findet in einer Zeit statt, in der die Frage wofür Geld ausgegeben wird, immer umstrittener wird. Im Bundestagswahlkampf wetten die rechten Parteien darum, wie stark Unternehmen, Vermögende und Gutverdiener zusätzlich auf Kosten des Sozialstaates entlastet werden sollen. Nicht mehr finanzierbar werden dann die nötigen öffentlichen Investitionen für kommunale Infrastruktur, Krankenhäuser, den Ausbau des Schienennetzes, für Sozialwohnungen, den Bildungsbereich usw. sein. Dies wird z.B. deutlich, wenn man sich klar macht, dass die Neuanschaffung der F-35 Kampffjets dem Gehalt von 160.000 Pflegekräften entspricht, nämlich 8,5 Mrd. €.



[ver.di OV Saar ruft zum](#)

Ostermarsch 2025

In einem einstimmigen Beschluss hat der Ortsvorstand Saar der ver.di am 13.2.25 zum diesjährigen Ostermarsch am Ostersamstag in Saarbrücken aufgerufen.

Auf unseren Vorschlag hin wird an dem diesjährigen Ostermarsch der Bezirksgeschäftsführer der Region Christian Umlauf auf dem St. Johanner Markt in Saarbrücken sprechen.

ver.di wählt:

Die Spitzenleute im Gespräch mit Frank

Zur Bundestagswahl 2025 fordert ver.di die demokratischen Parteien auf, eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten. Eine Politik, die den Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe ermöglicht.

Natürlich wollen wir auch von den Spitzenkandidaten demokratischer Parteien wissen, was ihre Antworten sind auf die Fragen, die uns als Gewerkschaft ver.di umtreiben. Dazu haben Gespräche des ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke mit den jeweiligen Spitzenkandidat*innen stattgefunden, in denen auch Deine Fragen gestellt wurden.

Hier die Gespräche: <https://www.verdi.de/++co++39f26e52-b210-11ef-87e0-95db7bdbeca1>



Was meint Dein Wahlkreiskandidat?

Du möchtest wissen, wie die Kandidierenden der Parteien in Deinem Wahlkreis zu bestimmten Themen stehen? ver.di hat ihnen zehn Fragen gestellt, vom Thema Streikrecht über Tarifbindung bis hin zu Steuerpolitik und Zukunftsinvestitionen. Gefragt wurden alle Wahlkreiskandidaten. Du kannst dort Deinen Wahlkreis und die entsprechenden Fragen auf der Webseite eingeben, also 296 für Saarbrücken, 297 für Saarlouis, 298 für St. Wendel und 299 für Homburg, sozusagen der letzte Wahlkreis vor der Grenze.

Der Rücklauf aus dem Saarland lässt allerdings zu wünschen übrig. Leider haben nicht alle geantwortet, so in Saarlouis nur Peter Michely für die LINKE und Volker More für das Bündnis90/Die Grünen, so in St. Wendel Christian Petry für die SPD, Karl-Peter Scheit für die Linke und Julian Bonenberger für Bündnis 90/Die Grünen, so in Homburg Carolin De Marino für Bündnis 90/Die Grünen und Dr. Michael „Moses“ Arndt für die LINKE und so in Saarbrücken Jeanne Dillschneider für Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings muss man sich schon fragen, warum die Kandidaten den Anforderungen von ver.di zustimmen, obwohl sie ja zum Teil seit Jahren regieren und Rente, Pflegeversicherung und Mindestlohn entsprechen hätten ändern können. Wenn man aber das Geld für Raketen und Panzer ausgibt, dann bleibt für die Daseinsvorsorge nicht viel übrig.

Aber, mach Dir selbst ein Bild: <https://www.verdi.de/kandidatinnencheck>

Tipp für Interessierte:

Krone-Schmalz kommt nach Saarbrücken

Unser Mitglied Patric Bies hat für die Peter-Imandt-Gesellschaft, Gabriele Krone-Schmalz nach Saarbrücken eingeladen. Sie gilt seit dem Krieg Ukraine und Russland als „umstritten“. Angeblich verbreite sie „prorussische Narrative“. Dies ist eine Ansicht, die auch in ver.di vertreten wird. Ohne Frage, passt ihre Meinung nicht in den herrschenden Mainstream. Umso spannender ist vielleicht ein Vortrag, der sich ja auch der Diskussion stellt. Es wird am 12. März zu einer Veranstaltung im Filmhaus in der Mainzerstraße kommen. Und da es von dieser Bildungseinrichtung organisiert ist, ist die Veranstaltung auch kostenlos. Allerdings muss man den Platz im Kino reservieren, da ja nur begrenzt Plätze zur Verfügung stehen. Dazu auf der Webseite des Filmhauses zu PROGRAMM am 12.3. gehen und auf die 18 klicken und sich einen Platz aussuchen. Die Veranstaltung trägt den Titel „Russland - und wie weiter?“



Gabriele Krone-Schmalz
Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz • www.krone-schmalz.de

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sind die ohnehin abgekühlten Beziehungen auf einem historischen Tiefpunkt angelangt und scheinen auf lange Sicht irreparabel zu sein. Nichtsdestotrotz ist eine neue Sicherheitsarchitektur erforderlich, die Russland miteinschließt. Aufgrund der Größe Russlands führt daran kein Weg vorbei.

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz bietet eine schonungslose Analyse der bisherigen Entwicklung.

- Wie konnte es so weit kommen, nachdem die Ost-West-Konfrontation Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts überwunden schien?
- Wie lässt sich die Eskalationsspirale stoppen?
- Wie kann ein Ausstiegsszenario aussehen, das sich nicht in den Kategorien von Gewinnern und Verlierern bewegt?

Über all diese existenziellen Fragen muss in einer demokratisch strukturierten Gesellschaft gestritten werden können, um die Chancen zu erhöhen, zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Dabei spielt auch die Berichterstattung eine Rolle und der Gebrauch der Sprache.

Welche Gefahren drohen dem demokratischen Denken, wenn in der Wahrnehmung einer großen Mehrheit in der Bevölkerung Debatten eher nicht erwünscht sind. Diesen und weiteren Fragen geht Professor Dr. Krone Schmalz in ihrem Vortrag nach.

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik. Von 1987 bis 1991 war sie Korrespondentin im ARD-Studio Moskau und moderierte anschließend bis 1997 den ARD Kulturweltspiegel. Sie war bis 2022 Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule

lserlohn und bis 2023 Mitglied des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs. Gabriele Krone-Schmalz erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen: Dazu zählen unter anderem zweimal der Grimme-Preis und die Puschkin-Medaille.

Für die Qualität ihrer Fernsehberichterstattung wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet.

Deutsche Post

Jetzt wird gestreikt

Seit Anfang Januar 2025 laufen die Verhandlungen über die Erhöhung der Tarifentgelte für die Arbeitnehmer*innen, Auszubildenden und dual Studierenden bei der Deutschen Post AG. Nach zwei Verhandlungsrunden hat es keinerlei Annäherung gegeben. ver.di fordert 7 Prozent mehr Geld und drei zusätzliche Tage Urlaub, ab jetzt mit Warnstreiks.

Auch nach der zweiten Tarifverhandlungsrunde am 23./24. Januar hat es keine Annäherung gegeben. „In den zwei Tagen Verhandlung gab es kaum Bewegung und keine greifbaren Verhandlungsergebnisse“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. „Stattdessen heißt es, die Forderungen der Beschäftigten seien nicht finanzierbar.“

Über konkrete Warnstreikmaßnahmen wird ver.di jeweils gesondert und zeitnah informieren.

Öffentlicher Dienst

Gibt es ein Angebot?

Die Tarifverhandlungen des Öffentlichen Dienstes in Kommunen und Bund werden am 17./18. Februar in Potsdam fortgesetzt. Ver.di schließt weitere Warnstreiks nicht aus, sollte es keine Fortschritte geben.

In der aktuellen Tarifrunde von Bund und Kommunen fordert ver.di ein Volumen von acht Prozent, mindestens jedoch 350 Euro mehr monatlich für Entgelterhöhungen sowie höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten. Darüber hinaus sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich angehoben werden. Um der hohen Verdichtung der Arbeit entgegenzuwirken, verlangt ver.di zudem drei zusätzliche freie Tage. Ein „Meine-Zeit-Konto“ soll den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und Flexibilität bieten.

Die erste Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen musste am 24. Januar vertagt werden, da die Arbeitgeber sich weigerten, ein Verhandlungsangebot vorzulegen.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saarland. Der Vorstand
ViSdP: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken
<https://saar-trier.verdi.de/>
Kontakt: christian.umlauf@verdi.de
OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de
Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de
Fotos: Krone-Schmalz, Andreas Heise, Michael Quetting
Der Rundbrief erscheint als pdf

Gespräch unter Kollegen:

Präsidium und Ortsverein im Dialog

Am 11. Februar lud das Präsidium des Bezirksvorstandes von ver.di Region Saar-Trier Vertreter des Ortsvereins zu einem Gespräch ein, um die künftige Zusammenarbeit zu besprechen. Das Treffen, das in einer solidarischen Atmosphäre stattfand, wurde von beiden Seiten genutzt, um gemeinsame Ziele und Abstimmungsprozesse zu erörtern.

Von Seiten des Ortsvereins nahmen Rainer Tobae, Charlotte Matheis, Monika Guss und Michael Quetting teil, während das Präsidium durch Susanne Kaszantowicz, Peter Lillig, Lisette Hörig und Geschäftsführer Christian Umlauf vertreten war.

Christian Umlauf bedankte sich zu Beginn für das Engagement des Ortsvereins und betonte die Bedeutung einer engen Abstimmung in den aktuellen Auseinandersetzungen. Alle Beteiligten waren sich einig, dass eine verbesserte Koordination zwischen Ortsverein und Bezirksvorstand essenziell ist, um die Interessen der Mitglieder effektiv zu vertreten. Susanne Kaszantowicz unterstrich zudem den hohen Stellenwert, den der Bezirksvorstand auf die Stärkung des Ehrenamts legt.

Ein zentrales Thema des Treffens war die formale Anpassung des Mitteilungsblatts. Der Bezirksvorstand wünscht sich, das Blatt auch auf seinen Seiten zu veröffentlichen, was die Einhaltung medienrechtlicher Vorgaben erforderlich macht. Dazu zählen die Angabe eines Impressums sowie die klare Kennzeichnung der Fotografen. Da die Rechte an den meisten Fotos bei Michael Quetting liegen, stellt dies keine Hürde dar. Zudem soll das ver.di-Logo im Titel erscheinen. Diese Änderungen werden mit der aktuellen Ausgabe umgesetzt.

Ein weiterer Punkt war die Einführung einer 24-stündigen Frist für die Geschäftsführung, um sich mit dem Rundbrief zu befassen. Dies soll Raum für mögliche Abstimmungen und Einwände bieten, ohne jedoch eine Zensur darzustellen, wie Christian Umlauf betonte.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, inwieweit der Ortsverein eigenständig zu Aktionen aufrufen darf. Als Beispiel wurde die Demo gegen Rechts am 2. Februar genannt, bei der der Ortsverein schneller entschied als der Bezirksvorstand. Während der Ortsverein bereits am 29. Januar einen einstimmigen Beschluss fasste, dauerte die Abstimmung auf Bezirksebene bis zum 31. Januar. Der Bezirksgeschäftsführer will sich vor einem Aufruf mit dem DGB verständigen und prüfen, wer hinter einem Aufruf stehe. Einigkeit herrschte darüber, dass die Informationswege zwischen Ortsverein und Geschäftsführung optimiert werden müssen. Offen blieb jedoch, wie bei künftigen Dissensfällen vorgegangen werden soll. Die Vertreter des Ortsvereins baten um Bedenkzeit, um die Mitglieder zu informieren und ein Meinungsbild einzuholen.

Das Präsidium wünscht sich, frühzeitig über die Arbeitsvorhaben des Ortsvereins informiert zu werden. Dazu soll der Ortsverein auf der Vorstandsklausur im

November die Planungen für das Jahr 2026 vorstellen. Eine bloße Veröffentlichung im Rundbrief reiche nicht aus, da eine Abstimmung im Interesse der Gesamtorganisation notwendig sei. Der Ortsverein erklärte sich bereit, diesem Wunsch nachzukommen.

Ein weiteres Thema war die Namensgebung des Ortsvereins. Der Begriff „Saar“ führt immer wieder zu Fragen, da er im Kontext des Saarlands und der Fusion mit Rheinland-Pfalz missverständlich sein könnte. Der Ortsverein zeigte sich offen für Vorschläge des Bezirksvorstands. Das Organisationsgebiet soll jedoch weiterhin das Saarland umfassen.

Die Ergebnisse des Gesprächs wurden am 13. Februar den Mitgliedern und Aktivisten des Ortsvereins vorgestellt. Der Dialog zwischen Präsidium und Ortsverein soll fortgesetzt werden, um die Zusammenarbeit weiter zu stärken und gemeinsame Ziele zu erreichen.

Referent erkrankt:

Gute Besserung, Michael



Am 13. Februar hieß der Hauptpunkt unseres Treffens „Die Rundfunkreform. Ist der öffentlich rechtliche Rundfunk zukunftsfähig?“ Referieren sollte unser Vorstandsmitglied Michael Steinmetz, Mitglied des Vorstandes. Michael war in seinem Berufsleben Journalist beim Saarländischen Rundfunk und dort Mitglied im Verwaltungsrat und Personalratsvorsitzende. Und wir hatten sogar extra Besucher vom Halberg.

Aber die Grippe hatte unseren Michael erwischt. Er wurde

krank und es war ihm auch nicht möglich mittels Medikamenten sich in einen Zustand zu versetzen, um uns mit seinen Ausführungen zu beschäftigen. Wir hatten auch so eine spannende Tagesordnung.

Nicht durchgeführt, heißt nicht abgesagt, sondern nur verschoben. Wann wir dafür Zeit finden, werden wir sehen. Jetzt heißt es erst einmal: Michael, pass auf Dich auf und werde gesund.

Weitere Erkrankung:

Alles Gute, Gabriele

Auch unser Vorstandsmitglied Gabriele Ungers musste sich in Kurzzeitpflege begeben. Sie bedauert, dass sie derzeit nicht an unseren Aktivitäten teilnehmen kann. Auch wir vermissen Dich und wünschen unserer Kollegin Gabriele gute Besserung.

Anschlag in München

Wir sind erschüttert und stehen solidarisch zusammen

Wir sind zutiefst erschüttert und fassungslos angesichts des Todes einer Mutter und ihres zweijährigen Kindes, die am Donnerstag an einem ver.di Demonstrationzug teilgenommen haben, der Ziel eines Anschlags geworden ist. Die Trauer über das Leid der Opfer des Anschlags von München wird so schier unermesslich. Wir trauern mit den Angehörigen und der gesamten Familie, sind in Gedanken bei ihnen und wünschen ihnen so viel Kraft, wie sie nun dringend brauchen. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen in dieser schweren Stunde solidarisch zusammen. Am 13. Februar wurde in München ein Auto gezielt in eine Streikdemonstration gesteuert. 39 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Zwei Tage nach dem Anschlag sind eine 37jährige Mutter und ihre kleine zweijährige Tochter an ihren schweren Verletzungen gestorben. Es handelt sich um den brutalsten Angriff auf eine gewerkschaftliche Veranstaltung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die Familie veröffentlichte in der Süddeutschen Zeitung ein Statement, in dem sie darum bittet, den Tod der beiden nicht zu instrumentalisieren. Im Gespräch mit der Zeitung danken sie für Anteilnahme und Solidarität: „Wir bedanken uns bei den Hilfskräften, bei den Pflegekräften, Ärztinnen für die gute Unterstützung, Begleitung und für den emotionalen Beistand.“ Sie wollen nur die Vornamen der beiden getöteten veröffentlicht wissen: Amel heißt die Mutter, Hafsa die Tochter.

Die 37-jährige Frau wurde nach Angaben der Familie in Algerien geboren und kam mit vier Jahren nach Deutschland. Sie studierte Umweltschutz und war seit 2017 bei der Stadt München als Ingenieurin beschäftigt. Sie arbeitete zuletzt als Sachgebietsleiterin bei der Münchner Stadtentwässerung.

Der Familie ist es wichtig, dass der Tod von Mutter und Tochter nicht genutzt werde, „um Hass zu schüren“, er dürfe nicht politisch instrumentalisiert werden. Im Statement heißt es: „Amel war ein Mensch, der sich für Gerechtigkeit eingesetzt hat. War aktiv für Solidarität, Gleichheit und setzte sich für Arbeitnehmer*innenrechte ein und gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Ihr war es sehr wichtig, ihrer Tochter diese Werte mitzugeben.“

Tröstlich ist die überwältigende Welle der Solidarität, die ver.di erreicht, von Schwestergewerkschaften im In- und Ausland, von Kolleginnen und Kollegen. Diese Solidarität eint uns und gibt uns Kraft in diesen schweren Stunden.

Die taz kommentiert am Freitag: „So schrecklich der Anschlag auf die Verdi-Demonstration in München ist, so sehr macht Hoffnung, dass die Reaktion auf die Tat eine andere ist als nach dem Anschlag von Aschaffenburg. Das liegt vor allem an der besonnenen Reaktion der Gewerkschaften. Betroffene und Angehörige riefen nach der Tat zu einer Kundgebung auf. Sie stellen ihr Mitgefühl und ihre Solidarität in den Vordergrund.“ Sie blieben solidarisch mit ihren Kolleginnen und Kollegen, egal woher sie kämen. „Als Gewerkschafter wissen sie: Zusammen sind wir stärker.“

An diesem Tag waren tausende Kolleginnen und Kollegen im gesamten Bundesgebiet auf den Straßen, um für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr Freizeit im öffentlichen Dienst zu demonstrieren. In München jedoch wurde ihr friedlicher Protest zum Ziel eines verheerenden Verbrechens.

Die Nachricht von dem Anschlag löste bundesweit Entsetzen und Trauer aus. Besonders betroffen sind die Gewerkschaftsmitglieder über die Todesnachricht am Samstag kurz nach 18 Uhr.

Auch in Saarbrücken beschäftigte sich die Gruppe zu Beginn ihrer Sitzung am 13. Februar ausführlich mit dem Vorfall. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich tief bestürzt und schockiert über den Angriff auf eine friedliche Demonstration.

Bereits wenige Minuten nach den ersten Eilmeldungen meldeten sich jedoch Stimmen zu Wort, die den Anschlag für politische Zwecke instrumentalisieren wollten – obwohl die Hintergründe der Tat noch nicht vollständig aufgeklärt sind. Die Versammelten in Saarbrücken verwahrten sich entschieden gegen solche Versuche durch rechte Kräfte. Gerade jetzt stehen wir für ein solidarisches Miteinander und lassen uns nicht spalten, lautete der Tenor der Diskussion.

Trotz des schockierenden Ereignisses bleibt die Gewerkschaftsbewegung entschlossen: Wir stehen zusammen, füreinander ein und kämpfen weiter für gute Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für Gerechtigkeit. Die demokratischen Grundrechte auf Streik und freie Meinungsäußerung sind unantastbar und werden weiterhin wahrgenommen. Die laufenden Tarifverhandlungen in verschiedenen Branchen werden fortgesetzt, und ver.di beabsichtigt, in den kommenden Tagen und Wochen bei Demonstrationen der Opfer des Anschlags zu gedenken. Wir gedenken unseren Münchner Kolleginnen und Kollegen, den Opfern und ihren Angehörigen und stehen als Gewerkschaftsfamilie zusammen.